

2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026
2027
2028
2029
2030
2031
2032
2033
2034
2035
2036
2037
2038
2039
2040
2041
2042
2043
2044
2045
2046
2047
2048
2049
2050
2051
2052
2053
2054
2055
2056
2057

5. Energie

5.1 Energiepreisanstieg begrenzen, Wettbewerb entfachen

Energiepolitik ist grundlegende Wirtschafts-, Struktur- und Klimapolitik. Eine sichere, kostengünstige und umweltgerechte Versorgung mit Energie ist elementare Voraussetzung einer modernen und leistungsfähigen Volkswirtschaft. Sie ist eng verzahnt mit Industrie-, Technologie-, Mittelstands- und Außenwirtschaftspolitik. Deutschland braucht daher ein energiepolitisches Gesamtkonzept, das eine Vorsorgestrategie im Hinblick auf weltweit knapper werdende fossile Ressourcen beinhaltet.

Ein tragfähiges energiepolitisches Gesamtkonzept muss einen ausgewogenen Energiemix zugrunde legen.

Zwischen CDU, CSU und SPD bestehen hinsichtlich der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung unterschiedliche Auffassungen. Deshalb kann die am 14. Juni 2000 zwischen Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen geschlossene Vereinbarung und können die darin enthaltenen Verfahren sowie für die dazu in der Novelle des Atomgesetzes getroffene Regelung nicht geändert werden. Der sichere Betrieb der Kernkraftwerke hat für CDU, CSU und SPD höchste Priorität. In diesem Zusammenhang werden wir die Forschung zum sicheren Betrieb von Kernkraftwerken fortsetzen und ausbauen.

CDU, CSU und SPD bekennen sich zur nationalen Verantwortung für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle und gehen die Lösung dieser Frage zügig und ergebnisorientiert an. Wir beabsichtigen in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung zu kommen.

In der Atomaufsicht wirken Bund und Länder vertrauensvoll zusammen.

Wichtiger Baustein einer schlüssigen Energiepolitik ist die Intensivierung und Ausweitung der Energieforschung bei erweiterter Mittelausstattung. Wir wollen Innovation und technologische Entwicklung im Energiesektor vorantreiben, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu stärken, moderne Energietechnologien schneller auf den Markt zu bringen, und Beiträge zum Klimaschutz zu leisten.

Mit dem deutschen Steinkohlebergbau, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Saarland werden wir die Zukunft des subventionierten Bergbaus abstimmen. Die bis 2008 erteilten Zuwendungsbescheide an die RAG AG sind rechtsverbindlich. Für die Zeit danach gibt es keine Rechtsansprüche. Es müssen weitere Einsparungen gegenüber den bisherigen Verabredungen geprüft werden, ohne den Weg der sozialverträglichen Anpassung zu verlassen. Freisetzungen in die Arbeitslosigkeit sollen vermieden werden. Mit den gegebenenfalls eingesparten Mitteln soll der Strukturwandel in den Bergbauregionen vorangetrieben werden. Der Börsengang der RAG ist eine gute Möglichkeit, die Chancen für die weitere Entwicklung des RAG-Konzerns eröffnen kann. Um zu einer kalkulierbaren und fairen Verteilung der Chancen und Risiken zu kommen, muss als erster Schritt eine belastbare Erhebung

2058 der Altlasten stattfinden, da diese nicht als Haushaltsrisiken verbleiben dürfen. Wir
2059 werden mit den Beteiligten Anfang 2006 Verhandlungen aufnehmen.

2060

2061 **5.2 Erneuerbare Energien**

2062

2063 Ein wichtiges Element unserer Klimaschutz- und Energiepolitik ist der ökologisch und
2064 ökonomisch vernünftige Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir werden daher:

2065

2066 • ambitionierte Ziele für den weiteren Ausbau in Deutschland verfolgen, unter
2067 anderem

2068 - den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bis 2010 auf
2069 mindestens 12,5% und bis 2020 auf mindestens 20% steigern,

2070 - den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2010
2071 auf 4,2%, bis 2020 auf 10% und danach kontinuierlich entsprechend der
2072 Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu steigern,

2073 - den Biomasseanteil am Primärenergieverbrauch mittelfristig deutlich
2074 steigern;

2075 • das EEG in seiner Grundstruktur fortführen, zugleich aber die wirtschaftliche
2076 Effizienz der einzelnen Vergütungen bis 2007 überprüfen. Dabei werden wir die
2077 Vergütungssätze, Degressionsschritte und Förderzeiträume an die
2078 Entwicklungsschritte der einzelnen erneuerbaren Energien anpassen und
2079 gegebenenfalls neue Schwerpunkte setzen;

2080 • uns auf die Erneuerung alter Windanlagen (Repowering) und die Offshore-
2081 Windstromerzeugung konzentrieren und dafür die Rahmenbedingungen (zum
2082 Beispiel Ausbau der Stromnetze) verbessern;

2083 • die Marktpotentiale erneuerbarer Energien im Wärmebereich durch die Fortfüh-
2084 rung des Marktanreizprogramms im bisherigen Umfang sowie durch weitere
2085 Instrumente, wie zum Beispiel ein regeneratives Wärmenutzungsgesetz, besser
2086 erschließen;

2087 • die EEG-Härtefallregelung unverzüglich so umgestalten, dass die stromintensive
2088 Industrie eine verlässlich kalkulierbare Grundlage (Aufhebung des 10%-Deckels)
2089 erhält und ihre wirtschaftliche Belastung auf 0,05 Cent pro kWh begrenzt wird;

2090 • die Berechnungsmethode zur EEG-Umlage transparent und verbindlich so
2091 gestalten, dass die Energieverbraucher nur mit den tatsächlichen Kosten der
2092 EEG-Stromeinspeisung belastet werden;

2093 • die internationalen Aktivitäten zum Ausbau der erneuerbaren Energien fortführen
2094 und die Gründung einer Internationalen Agentur für erneuerbare Energien
2095 (IRENA) initiieren;

2096 • die Exportinitiative für erneuerbare Energien intensivieren.

2097

2098 **5.3 Biokraftstoffe und nachwachsende Rohstoffe**

2099

2100 Kraftstoffe und Rohstoffe aus Biomasse können einen wichtigen Beitrag zur Energie-
2101 und Rohstoffversorgung und zum Klimaschutz leisten. Wir werden daher:

2102

2103 • die Kraftstoffstrategie mit dem Ziel weiterentwickeln, den Anteil von
2104 Biokraftstoffen am gesamten Kraftstoffverbrauch bis zum Jahr 2010 auf 5,75% zu
2105 steigern;

2106 • die Mineralölsteuerbefreiung für Biokraftstoffe wird ersetzt durch eine
2107 Beimischungspflicht;

- 2108 • die Markteinführung der synthetischen Biokraftstoffe (BTL) mit der Wirtschaft
2109 durch Errichtung und Betrieb von Anlagen im industriellen Maßstab vorantreiben;
2110 • Forschung, Entwicklung und Markteinführung nachwachsender Rohstoffe mit der
2111 Wirtschaft voranbringen.
2112

2113 **5.4 Energieeffizienz**

2114
2115 In der Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden, Geräten, Fahrzeugen,
2116 Kraftwerken und Industrieanlagen steckt ein riesiges Potenzial zur wirtschaftlichen
2117 Einsparung von Energie. Wir werden daher:

- 2118
2119 • die Energieeffizienz der Volkswirtschaft konsequent mit dem Ziel steigern, bis
2120 2020 eine Verdopplung der Energieproduktivität gegenüber 1990 zu erreichen;
2121 • das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm auf ein Fördervolumen von mind. 1,5
2122 Mrd. Euro pro Jahr erhöhen, seine Wirksamkeit und Attraktivität entscheidend
2123 verbessern (zum Beispiel durch Umstellung auf Investitionszuschüsse,
2124 steuerliche Erleichterungen sowie Einbeziehung des Mietwohnungsbaus) und
2125 zusätzlich einen Gebäudeenergiepass einführen. Unser Ziel ist es, dass dadurch
2126 jedes Jahr 5% des Gebäudebestands vor Baujahr 1978 energetisch saniert
2127 werden;
2128 • die Modernisierung des Kraftwerksparks vorantreiben und den Ausbau von
2129 dezentralen Kraftwerken und hocheffizienten KWK-Anlagen fördern;
2130 • Wir werden die Fördersystematik des KWK-Gesetzes auf der Grundlage des
2131 kurzfristig vorzulegenden Monitoringberichtes überprüfen.
2132 • die europäischen Initiativen zur Verbesserung der Energieeffizienz unterstützen
2133 und auf ein europäisches Top-Runner-Programm hinwirken;
2134 • die dena-Initiativen zur Energieeinsparung in den Bereichen Gebäude,
2135 Stromverbrauch (zum Beispiel stand-by) und Verkehr fortführen und verstärken.
2136

2137 **5.5 Innovationsoffensive „Energie für Deutschland“**

2138
2139 Mit einer Innovationsinitiative „Energie für Deutschland“ wollen wir bei modernen
2140 Energietechnologien Weltspitze bleiben. Deshalb brauchen wir eine
2141 Energieforschung, die der Dimension der Aufgabe gerecht wird. Wir werden daher:

- 2142
2143 • die Ausgaben für die Energieforschung schrittweise zu verstärken. Davon sollen
2144 erneuerbare Energien und Biomasse, Effizienztechnologien bei der Nachfrage
2145 (Industrie, Produkte, Verkehr, Gebäude), zentrale und dezentrale
2146 Effizienztechnologien bei der Energieerzeugung (einschließlich
2147 Speichertechnologien) und ein nationales Innovationsprogramm zu
2148 Wasserstofftechnologien (einschließlich Brennstoffzellen) gefördert werden;
2149 • mit der Wirtschaft vereinbaren, dass sie ebenfalls zusätzliche Mittel in Forschung
2150 und Markteinführung von Energietechnologien investiert.
2151

2152 Mehr Wettbewerb bei der Versorgung mit Strom und Gas ist unser Ziel. Dafür
2153 werden wir die Auswirkungen der Anreizregulierung aufmerksam begleiten und die
2154 zuständigen Behörden darin unterstützen, ihre kartellrechtlichen Möglichkeiten
2155 vollständig auszuschöpfen. Die Instrumente des neuen Energiewirtschaftsrechts (im
2156 Hinblick auf Kontrolle, Preisfestlegung der Netzentgelte und Entflechtung der Netze
2157 durch die Regulierungsbehörden) werden bei der Bemessung von

2158 Durchleitungsgebühren für die Nutzung von Strom- und Gasleitungen konsequent
2159 angewendet. Den Oligopolen im deutschen Strom- und Gasmarkt soll unter anderem
2160 durch eine Intensivierung des grenzüberschreitenden Wettbewerbs entgegengewirkt
2161 werden. Dazu ist auf einen bedarfsgerechten Ausbau der Transitzkapazitäten sowie
2162 für den deutschen Gasmarkt auf den Aufbau von Flüssig-Erdgasstrukturen
2163 hinzuwirken.

2164
2165 Im Interesse einer preisgünstigen Energieversorgung wird die Ökosteuer nicht weiter
2166 erhöht. Die geltenden Entlastungsregelungen bei der Ökosteuer für die Industrie
2167 werden beibehalten. Wir wollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit des
2168 produzierenden Gewerbes und insbesondere der energieintensiven Industrie
2169 verbessern. Deshalb werden wir bei der Umsetzung der EU-Energiesteuer-Richtlinie
2170 Möglichkeiten zur Entlastung ausschöpfen und Wege zur Erhöhung der
2171 Wettbewerbsfähigkeit prüfen.

2172
2173 Wesentliche energiepolitische und energiewirtschaftliche Weichenstellungen werden
2174 zunehmend international getroffen. Wir werden daher insbesondere auf die
2175 Formulierung energiepolitischer Rahmenbedingungen in der EU und in
2176 internationalen Gremien aktiv einwirken und dabei die Innovations- und
2177 Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft in den Mittelpunkt stellen. Wir setzen
2178 uns für europäische Strategien zur nachhaltigen und preisgünstigen Energie- und
2179 Rohstoffversorgung ein.

2180

2181

2182 **6. Infrastruktur – Verkehr, Bau, Wohnen**

2183

2184 Unsere Verkehrspolitik ist sich ihrer Verantwortung für Wirtschaft, Beschäftigung und
2185 Umwelt in Deutschland bewusst. Wir wollen mit einer integrierten und nachhaltigen
2186 Verkehrspolitik gute Voraussetzungen für die erforderliche Mobilität von Menschen
2187 und Gütern, für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze schaffen. Dazu gehören vor
2188 allem Erhalt, Modernisierung, Ausbau, bessere Nutzung, Anpassung und Vernetzung
2189 der Verkehrsinfrastruktur.

2190

2191 Die Leistungsfähigkeit des gesamten Verkehrssystems muss gesteigert werden.
2192 Dabei helfen Lösungen aus dem Bereich der Informations- und
2193 Kommunikationstechnologie, deren Entwicklung wir fördern. Um Innovationen,
2194 Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit des Verkehrs zu stärken, nutzen wir
2195 steuerpolitische Gestaltungsmöglichkeiten. Im Zuge der europäischen Integration ist
2196 die Verbesserung der grenzüberschreitenden Verkehrswege von besonderer
2197 Bedeutung.

2198

2199 Logistikstandort Deutschland

2200

2201 Die führende Position Deutschlands als Logistikstandort mit derzeit bereits ca. 2,7
2202 Mio. Arbeitsplätzen als Resultat neuer Logistikketten im Rahmen der zunehmenden
2203 Globalisierung werden wir weiter ausbauen. Wir werden international
2204 wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für den Logistikstandort Deutschland
2205 fördern und seine aktive Vermarktung im In- und Ausland vorantreiben.

2206

2207 Wir werden in Zusammenarbeit mit der Verkehrswirtschaft, der verladenden
2208 Wirtschaft und mit wissenschaftlicher Unterstützung einen Masterplan Güterverkehr